

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

140 (20.6.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk
monatlich 15 Mk., Postbezug monatlich 15 Mk. 55 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 70 Pfg.



Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Düps, Durlach, Mittelstraße 6
Zerchspracher 204.

Die einpaltige Postzeitung oder deren Raum 1 Mk., Restzeitung
4 Mk. 50 Pfg. Schluß der Anzeigen-Nahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Platzverdrängungen und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 140

Dienstag, den 20. Juni 1922.

93. Jahrgang.

Tagespiegel.

Der Auswärtige Ausschuss und der Reichstags-Ausschuss zur Ausführung des Friedensvertrags beschäftigten sich am Montag in einer Sitzung mit den verschiedenen Vorkommen über die Sachleistungen.

Der Deutsche Bergarbeiterverband wendet sich gegen die von einigen Betriebsräten Mitteldeutschlands geplante Einberufung einer wilden Betriebsrätekonferenz nach Hannover.

Aus Anlaß ihres 100jährigen Bestehens wurde der Landw. Hochschule Hohenheim eine neue Verfassung mit dem Rektoratsystem verlesen.

Der spanische Ministerrat beschloß den endgültigen Abschluß der militärischen Operationen in Marokko und die Errichtung einer Zivilverwaltung.

Die Befestigung der Mark.

Trotzdem die Befestigung der Mark an sich ein währungs- und wirtschaftspolitisches Problem ist, ist es mehr oder weniger gelungen, auch rein macht- und parteipolitische Erwägungen in die Unternehmung des Problems hineinzutragen. Hierbei handelt es sich nicht nur um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, sondern sehr oft auch um bewußte Fälschung und Verschönerung der Tatsachen. Es werden für die Beweisführung Dinge aneinander gereiht, die weder eine äußere noch innere Verwandtschaft haben, die aber gleichwohl in einen scheinbar folgerichtigen Schluß zusammengedrückt werden. Der Ausgangspunkt des Streites ist doch, ob die Befestigung der Mark mit geldpolitischen Mitteln allein möglich ist, ferner, ob die Befestigung nicht unbedingt zu schweren Rückschlüssen führen muß, jedenfalls dann, wenn die Befestigung unvermittelt erfolgt. Es geht nicht an, für die Befestigung der besonderen Währungsverhältnisse Deutschlands durch Erfahrungen herauszuziehen, die vielleicht in südamerikanischen Ländern mit geldpolitischen Versuchen gemacht worden sind. Das Problem ist für Deutschland unendlich verwickelter, weil die Herrichtung unserer Währung nicht nur das Ergebnis einer ungeheuren inneren und äußeren Verschuldung ist, sondern auch die einer stark rückläufigen Erzeugung. Leider ist die deutsche Statistik noch nicht so ausgebaut, um diese rückläufige Erzeugung durch Tatsachen und Ziffern zu belegen. So verziehen sich die wirtschaftlichen Vorgänge hinter den dichten Schleier der Papiergeldzeichen, die uns so hindern, das zu erkennen, was ist. Befähigen wir eine zuverlässige und umfassende Erzeugungsstatistik, so könnten wir statt mit Papiergeldzahlen, mit wirklichen Werten messen. Wir könnten sagen, daß wir heute so und soviel Tonnen Kohlen, Stahl und Eisen erzeugen, um diese Mengen mit denen der Vorkriegszeit zu vergleichen. Weiter müßte die Erzeugungsstatistik noch verfeinert werden, um festzustellen, wieviel Arbeitskräfte zur Erzeugung einer bestimmten Menge im Verhältnis zur Vorkriegszeit heute notwendig sind. Das gibt die Grundlage für die Untersuchung, ob unsere Wirtschaft die sogenannte Befestigung der Mark ohne nachhaltige Erschütterung aushalten kann. Es wird von keiner Seite bestritten, daß diese Befestigung, wenn sie unmittelbar und sprunghaft erfolgt, den Außenhandel nahezu vollständig abbrechen muß. Wenn behauptet wird, das seien nur Hemmnisse und Schwierigkeiten während des Ueberganges, so wird dabei die finanzielle, d. h. die kapitalarme Lage der deutschen Wirtschaft mißachtet. Wir dürfen uns durch die hohen Papiergewinne und Rücklagen nicht blenden und irreführen lassen. Steigt die Kaufkraft der Mark, so werden beispielsweise die Rücklagen der Unternehmungen ihre Kaufkraft dem Nennwert von heute nach nicht behalten. Diese Rücklagen sind nicht deshalb erfolgt, um Kapital zu hinterziehen oder zu verkleinern, sondern sind vielmehr echte Versicherungs- und Wiederaufbauprämien. Daß die Entwertung der Rücklagen unvermeidlich ist, geht schon daraus hervor, daß sie in Werten angelegt sind, die eben auch von der Steigerung des Marktkurses erfaßt werden. Verfügt ein Werk heute über Rücklagen zu zwei oder dreihundert Millionen Mark, so wird ihr Nennwert nach der Befestigung der Mark sinken. Aber nicht darauf kommt es an, sondern auf die durch die wirtschaftliche Lage bedingte Kaufkraft des inneren Marktes. Diese ist abhängig von der Erzeugung, d. h. hat sich diese nicht wesentlich gehoben, so werden die Preise nicht etwa sinken, sondern wirklich anziehen. Die Werte sind dann außerhande, mit ihren verfügbaren Kapitalen Erneuerungen vorzunehmen, Rohstoffe aufzukaufen, um so den Betrieb durchzuhalten. Denn die Rücklagen reichen dazu nicht aus, der Geldmarkt kann erst recht nicht ausbilden, weil die unzulängliche Erzeugung die Kapitalbildung verhindert hat und noch verhindert. Der Geldmarkt zeigt heute schon eine außerordentlich starke Anspannung, so daß der Kapitalbedarf der Wirtschaft nicht vollständig mehr befriedigt zu werden vermag. Die Befestigung der

Marktkurses ist also nicht nur ein geldpolitisches, sondern in der Hauptsache ein wirtschaftliches, d. h. Erzeugungsproblem. Hier ist der Hebel anzusetzen.

Die Getreidemulage im Reichstag.

Berlin, 19. Juni. Beginn der Romtagsitzung 12.20 Uhr. Am Regierungstisch Reichsernährungsminister Behr. Angenommen wird ein Antrag aller Parteien über die Sicherung beweglicher Sachen in Schlessien. Das Reich ist befugt, diese beweglichen Sachen, die aus Anlaß der Abtötung oder der Besetzung Schlesiens ganz oder zum Teil aus öffentlichen Mitteln für diese Zwecke beschafft worden sind, einzufrieren in Besitz zu nehmen.

Die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die Erhebung einer Getreidemulage in Höhe von 2 1/2 Millionen Tonnen.

Abg. Braehig (Soz.) nennt den Widerstand der Landwirtschaft gegen die Umlage einen öffentlichen Skandal. Niemand wolle, daß der Landwirt das Ergebnis seiner Arbeit ohne Nutzen abgeben soll, aber es sei unerhört, wenn vom Landbund verlangt werde, daß alles Getreide mit dem Gold der Weltmarktpreise bezahlt werden solle. Ein vierpfündiges Brot würde dann auf 45-50 Pf. kommen. Bei solchen Brotpreisen würden Hunderttausende verhungern. Notwendige Folge davon sei der Bürgerkrieg.

Abg. Dr. Koelke (D.N.) bedauert die Voreingenommenheit der Sozialdemokratie gegen die Landwirtschaft. Die Landwirte fordern keine Weltmarktpreise; denn das hereinströmende Auslandsgetreide würde die deutsche Landwirtschaft zugrunde richten. Die ganze Frage soll auch nicht vom Standpunkt des einzelnen Landwirts betrachtet werden, sondern vom Standpunkt des allgemeinen wirtschaftlichen Interesses. Die Landarbeiter bekommen tatsächlich Goldwerte. Die Erfassung des Brotgetreides wird keine Besserung bringen. Sobald der Zwang aufhört, hebt sich die Produktion. Das Reichsgetreidebrot sei noch bis zum 31. Oktober voll eingegeben. Man brauche also 1 Million Tonnen weniger. Die Stimmung der Landwirtschaft kann natürlich nicht die beste sein. Die Landwirte aber haben doch das Streikrecht eingeführt und den Arbeitern erklärt, daß sie noch zu viel arbeiten. Die Preise, die die Landwirte zahlen müssen, seien nach der „Frankfurter Zeitung“ höher gewesen als die Preise, die sie bekommen. Schuld an der Verteuerung sei die Entwertung der Mark infolge des Krieges und der Erfüllungspolitik. Die Vorlage müsse abgelehnt werden.

Abg. Horn-Stettin (N. S.) nennt die Zwangswirtschaft eine Notmaßnahme. Er fordert eine Erhöhung der Umlage von 2% auf 4% Millionen Tonnen. Die Richtlinien des Landbundes, die zur Umwandlung der Dreißigtausendern aufzuerhalten, sind ein Verbrechen ohne Gleichen. Die Sozialdemokraten hat man früher wegen weit geringerer Dinge ins Zuchthaus gesteckt.

Ein Verlagsantrag des Abg. Kopsch (Dem.) wird angenommen. Nächste Sitzung: Dienstag, 20. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation Herrl (D.N.) über die planmäßige Sicherung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung. — Getreidemulage.

Schluß 6.15 Uhr.

Getreidemulage und Regierungskrise.

Berlin, 19. Juni.

In der Frage der Getreidemulage ist ohne Zweifel schon im Laufe des heutigen Vormittags eine wesentliche Verengung eingetreten. Innerhalb der Regierungskoalition arbeitet man insbesondere von Seiten des Zentrums und der Demokraten auf eine Einigungsformel hin, die zum Teil dem „Vorwärts“ folgt, der die Meinung der Kleinrentner von einem Teile der Umlage befreien soll. Die demokratische Reichstagsfraktion wird heute nach Schluß der Plenarsitzung des Reichstags eine Sitzung abhalten, in der die Stellung der Fraktion zur Getreidemulage erörtert werden soll. Auch das Zentrum legt den größten Wert darauf, diese Frage nicht zur Ursache einer Krise innerhalb der Regierungskoalition werden zu lassen.

Keine Erhöhung der Umsatzsteuer.

In Anbetracht der vollkommen wirtschaftlichen Unmöglichkeit, eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer zu ertragen, hat sich der Zentralverband des deutschen Großhandels auf die Meldung, daß eine Erhöhung an-

plant sei, unverzüglich an das Reichsfinanzministerium gewandt und von diesem die bündige Erklärung erhalten, daß irgendwelche Absichten auf eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer nicht beabsichtigt sind.

Deutschland.

Berlin, 19. Juni. Der Gesetzentwurf über die Getreidemulage ist am Samstag dem Reichstag zugegangen. Dazu wird von der Reichsgetreidestelle erklärt: „Das Inlandsgetreide deckt unseren Bedarf nicht. Das Auslandsgetreide kommt durch den freien Handel nicht in genügenden Mengen herein. Durch Angebot und Nachfrage ist der Bedarf nicht zu regeln. Die Landwirtschaft glaubt auf freiem Wege die notwendigen Mengen an Inlandsgetreide schaffen zu können. Die Regierung glaubt dies nicht. Die Landwirtschaft wollte zwei Millionen Tonnen zum freien Marktpreis der Regierung zur Verfügung stellen. Dazu müßte die Landwirtschaft eine neue Organisation schaffen. Das ist ein Experiment. Der Preis würde außerordentlich getrieben werden, zeitweise vielleicht über den Weltmarktpreis hinaus. Das Auslandsgetreide liegt natürlich über dem Preis des Inlandsgetreides. Da wir aber auf Befehl des Verbandes keine Zuschüsse für den Ausgleich der Preise in diesem Jahre bekommen können, müssen wir den ganzen Eingang an Getreide vom Inland und Ausland zusammenwerfen. Darin liegt preismäßig eine Härte für die Landwirtschaft, die nach Möglichkeit ausgeglichen werden soll. Ein Opfer aber muß von der Landwirtschaft im Interesse des Vaterlandes gebracht werden. Im Laufe des Jahres soll der Preis nachgehrt werden, so daß ein so großer Unterschied zwischen der Umlage und dem freien Preis wie im Vorjahre nicht wieder entsteht. Eine weitgehende Mitwirkung der Landwirtschaft bei den Verteilungsmaßnahmen ist vorgesehen. Brotarten sollen an solche nicht mehr ausgegeben werden, die durch erhebliches Einkommen und Vermögen nicht darauf angewiesen sind. Eine endgültige Entscheidung darüber liegt noch nicht vor, doch würde dadurch auf alle Fälle eine wesentliche Milderung des einzufließenden Auslandsgetreides herbeigeführt werden. Eine wesentliche Erhöhung des Verkaufspreises der Reichsgetreidestelle muß eintreten, so daß der Brotpreis sich etwa auf das Doppelte erhöhen dürfte. Das Wesentlichste in der Brotversorgung sei nicht die Billigkeit, sondern die Sicherung der Versorgung. Die Eintreibung der Umlage werde in diesem Jahr sich bedeutend schwieriger gestalten als im Vorjahre. Die Regierung denkt, daß die Landwirtschaft sich dem Gesetz gegenüber anders stellen wird, als dem Gesetzentwurf gegenüber, zumal man ihr im Punkte des Preises entgegenkommt.“

Berlin, 18. Juni. Die Regierung hat bekanntlich die von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten 6 Punkte der deutschen Forderung gebilligt und erklärt, daß sie gegen diese 6 Punkte nichts einzubringen hätte. Auf eine Anfrage teilt uns eine maßgebende Stelle der Regierung mit, daß die Regierung jedoch entschiedene Verwahrung dagegen einlegen müsse, wenn gesagt werde, daß sie die 6 Punkte in ihr Programm aufnehmen wolle, und sie etwa bei neuen Verhandlungen mit der Reparationskommission in den Vordergrund zu schieben beabsichtige. Wenn die Regierung auch grundsätzlich diesen 6 Punkten sympathisch gegenüber steht und ihre Durchsetzung verfolgt, so müsse sie doch alles tun, um in den nächsten Verhandlungen ein besonderes Hervorragen dieser Forderung zu vermeiden, da sie im Ausland den Eindruck erwecken könnten, als ob Deutschland sich sträube, das aus dem Versailler Vertrag resultierende Recht der Entente anzuerkennen.

Kattowitz, 19. Juni. Die Uebergabe der in dem an Polen abzutretenden Gebietsteile liegenden Eisenbahn ist gestern nachmittags 6 Uhr in Gegenwart der Verbandskontrollkommission, der deutschen Eisenbahndirektion Kattowitz und der polnischen Staatsbahnverwaltung vollzogen worden. Zu gleicher Zeit sind im obereschlesischen Abtötungsgebiet für den deutschen Teil die deutsche Eisenbahndirektion Oppeln und für den polnischen Teil die polnische Staatsbahndirektion Kattowitz eingerichtet worden.

Ausland.

Mailand, 19. Juni. Der russische Hauptdelegierte für die Haager Verhandlungen, Littwinow, erklärte vor seiner Abreise nach dem Haag dem Correspondenten des „Corriere della Sera“ gegenüber, daß die russische Delegation auch im Haag den in Genua vertretenen Standpunkt aufrecht erhalten werde. Es sei bedauerlich, daß Lloyd George noch immer an dem Gedanken eines gemeinsamen Abkommens mit Rußland festhalte, daß es aber durch die jetzigen Verhältnisse und hauptsächlich durch den Widerstand Frankreichs verhindert werde. Es wäre besser, wenn sich Lloyd George, der scheinbar einen ehrlichen Frieden wolle, von Frankreich trennen würde. Auf die Frage, ob Tschitcherin wegen seiner angeblich nachgiebigen Haltung in Genua nicht nach dem Haag gehen sollte, erklärte Littwinow, daß Tschitcherin für längere

Zeit ruhebedürftig sei. Im übrigen sei die Haltung der Russen in Genua einwandfrei gewesen.

Paris, 19. Juni. Nach den Meldungen der hiesigen Blätter aus London sind es vor allem 5 Fragen, die den Gegenstand der Besprechung zwischen Lloyd George und Poincaré bilden werden: Die Haager Konferenz, die Orientkonferenz, die Tanager-Frage, der französisch-englische Garantie-Vertrag und das Reparationsproblem. Hinsichtlich der Haager Konferenz sei es die Frage des Privateigentums, die im Vordergrund stünde und in der die Divergenz der Auffassung unvermindert fortbestände. England vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß jeder Staat das Recht zu Konfiskationen habe, wenn er dafür angemessene Entschädigungen gewähre und daß Frankreich Unmögliches verlange, wenn es die Rückgabe des sequestrierten Eigentums seiner Staatsangehörigen schlechthin fordere. In der Orientfrage mache man in London der französischen Politik zum Vorwurf, daß sie die Kemalisten in ihrem Widerstand gegen die von der englischen Regierung vorgeschlagene Lösung unterstütze. Zur Regelung des Statuts in Tanager beabsichtige London die Einberufung einer Konferenz vorzuschlagen, an der Frankreich, England, Spanien und der Sultan von Marokko teilnehmen sollen. In der Frage des englisch-französischen Garantie-Vertrages sei die Stimmung in London wenig günstig. Trotz der offiziellen Erklärung, daß der Abschluß an keinerlei Konzessionen auf anderem Gebiet geknüpft werden solle, mache man doch in den politischen Kreisen Englands geltend, daß ihm eine Einigung in den zahlreichen seit langer Zeit zwischen Frankreich und England schwebenden Fragen voranzugehen müsse, ehe man daran denken könne, die beiden Länder durch ein Abkommen zu binden, das nach französischem Wunsch über den Charakter der von England im Jahre 1919 angebotenen Garantien gegen einen Angriff Deutschlands weit hinausgehen soll. In der Reparationsfrage endlich suche man in London nach einem Kompromiß. Es sei möglich, daß der Vorschlag Sir Robert Hoene's und Sir Basil Bladett wieder aufgenommen würde, der bekanntlich dahin geht, daß Frankreich gestattet werden soll, sich seiner Schulden gegenüber England und den Vereinigten Staaten in Reparationsbonds der Serie C zu entledigen, was praktisch einer Amnestierung der französischen Schulden in Verbindung mit einer entsprechenden Reduktion der deutschen Verpflichtungen gleich kommen würde. Allerdings sei diese Lösung nicht möglich ohne Zustimmung Amerikas, die keinesfalls sicher sei. Aber es müsse auf diese Weise erreicht werden, daß die Frage der Reparationen mit der der interalliierten Schulden nummehr verknüpft werde.

Belgien rückt von Frankreich ab.

Paris, 18. Juni. Das wichtigste Ereignis, das sich im Haag abspielte, ist die Absonderung Belgiens von Frankreich. Belgien steht auf dem Standpunkt, daß es unbedingt Verhandlungen mit den Russen führen wolle, und es wird diese Absicht durchzuführen, selbst wenn Frankreich an den Verhandlungen in Gegenwart der Russen nicht teilnehmen sollte. Welche Haltung Frankreich einnehmen wird, steht noch dahin. Jedenfalls ist gestern der französische Hauptdelegierte Alphand bereits nach Paris abgereist, um mit den Enai d'Oran über die im Haag geschaffene Situation zu beraten.

Frankreich hat es bisher unterlassen, sich in die von dem Belgier Gattier beantragte Ganztagskommission delegieren zu lassen. Die französischen Delegierten erklärten, daß sie erst Poincaré befragen müßten, ob sie in der Hauptkommission vertreten sein sollen. Die Gattier es gefordert hätte, würden drei Unterkommissionen eingesetzt.

Die 11 bis 13 Mitglieder enthalten sollen. Unbedingt vertreten werden in jeder Unterkommission England, Italien, Japan, Belgien, Holland und Frankreich sein. Die fünf bzw. sieben übrigen bleibenden Sitze in jeder Unterkommission werden von dem Präsidenten der Konferenz, dem holländischen Außenminister van Karnebeek, nach eigenem Ermessen vergeben werden, wobei aber dem Verlangen jeder Nation, in irgendeiner Unterkommission vertreten zu sein, Rechnung getragen werden wird. Da im ganzen 31 Staaten im Haag vertreten sind und die drei Unterkommissionen wahrscheinlich 39 Mitglieder haben werden, so kann man annehmen, daß jeder Staat in irgendeiner Unterkommission einen Delegierten haben wird. Da die französische Abordnung nur als Beobachterin im Haag fühle, erklärte der englische Delegierte Hilton Young, daß die ganze Vorkonferenz im Haag nur dazu bestimmt sei, Beschlüsse zu fassen, die den Regierungen ad referendum

Auf Hesselvörde.

Roman von Fritz Ganser.

9)

(Nachdruck verboten.)

Im Rosfalle fand sich der Roggen mit ihm ab. Aber dann durften die Jahre nicht trocken sein. Wohler führte sich die Lupine. Zu den mageren Ackerbreiten kamen ein paar dürftige Wiesen, die den Regen auch mehr liebten als die Dürre. Im Wald war kein Mangel. Wenigstens, was man so Wald nennt. Ein paar hundert Morgen gingen noch an. Die hatten fernige Kiefern im Alter von 60-80 Jahren als Bestand, unter denen man nach einem Stück Bauholz nicht lange zu suchen brauchte. Aber alles andere nannte sich Schonung, von der erst die übernächste Generation nennenswerten Nutzen haben konnte. In Summa: eine regelrechte Sandklippe.

Die Brandts sahen schon eine ziemliche Weile darauf. Es mochten so 250 Jahre etwa sein. Sie hatten sich immer mit Anstand durchgedrückt, wenngleich es ihnen manchmal sauer geworden war. Aber als einfache Landobelleute hatten sie keine großen Ansprüche gestellt. Wenn es zum Wein nicht gereicht, dann war man auch mit Dünndier zufrieden gewesen. So ungefähr. Die Hauptfrage, die Hypothekenzinsen, hatten sie immer zu überwinden gewußt. Dann war Karl Eberhard von Brandt, der Vater Joachims, Herr auf Hesselvörde geworden. Dem hatte ein Zug ins Große angehaftet, den das Gut nicht vertragen.

Mühen, na ja, die mußten eben auch mal sein. Man konnte doch nicht verlangen, die Scheunen in jedem Jahre gerammelt voll zu haben. Der liebe Gott ließ ja auch Bäume wachsen. Da schlug man dann, wenn's mal anderweitig nicht nach Hoffnung ging, zwanzig bis dreißig Morgen Wald runter und stopfte ein Loch zu. Manchmal mußten auch fünfzig Morgen heran. Das Lufforsten vergaß man allerdings mitunter.

Karl Eberhard war eben nicht der Wirt gewesen, den Hesselvörde nun einmal unbedingt brauchte, wenn es stoffenmäßig sein sollte. Es hatte ihm nicht gelegen, sich

übermittelt werden sollen. In keiner Weise würden politische Fragen erörtert werden, sondern bloße Wirtschaftsprobleme. Diese Haltung wird von den Belgiern sowie von allen anderen Nationen durchaus geteilt.

Großen Widerstand erregt die französische Abordnung gegen die Vorschläge, wie man sich späterhin gegenüber den Russen verhalten soll. Die Franzosen wünschen, daß alle im Haag vertretenen Nationen eine Vereinbarung über dieses Verhalten treffen möchten. Ein Standpunkt, mit dem sie durchaus allein stehen. Die Franzosen erklären, daß man, wenn man nicht eine Einheitsfront gegenüber den Völkern bilden, ihnen das Schauspiel bieten würde, daß die europäischen Mächte wieder einmal uneins seien und daß infolgedessen ein grundrätliches Einvernehmen über die drei Hauptpunkte der Konferenz getroffen werden soll. Auch dieser Standpunkt wird von Belgien nicht geteilt. Daß die anderen Mächte ihn ablehnen, versteht sich von selbst.

Ein wichtiger Beschluß ist gestern gefaßt worden, die französische Regierung soll nämlich bis zum nächsten Dienstag als äußerster Termin bekanntgeben, ob sie sich auf der Liste befinden wird, die den Russen als Teilnehmer an der Haager Konferenz bekanntgegeben werden soll.

Baden und Nachbarstaaten.

Das Bruchsaler Schloßjubiläum.

Bruchsal, 19. Juni. Die Feier zur 200. Wiederkehr der Grundsteinlegung des Bruchsaler Schloßes durch Kardinal Damian Hugo, Grafen von Schönborn, Fürstbischof von Speyer, wurde am Samstag durch ein von der Ortsgruppe Bruchsal des Landesvereins Badische Heimat gehaltenes Festbankett eingeleitet. Nach einem Gedächtnisvortrag durch den Beterströme fand dann am Sonntag vormittag der offizielle Festakt statt. Oberst gemeiner Dr. Weiser begrüßte hierbei zunächst die zahlreich erschienenen Gäste, darunter auch Vertreter der Regierung und den Nachkommen des Schloßbauherrn, den Grafen Erwein Dr. von Schönborn-Wiesenberg. Auch der Fürst und die Fürstin zu Sickingen waren anwesend. Der Oberbürgermeister verteilte dabei auch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Ministerialrat Stroh in dankbarer Anerkennung für die Reueherstellung des Schloßes. Der neue Ehrenbürger der Stadt dankte, ebenso sprach noch der Vertreter der badischen Regierung. Im Mittelpunkt des Sonntags stand dann der glänzend verlaufene Sommerfestabend, der 55 Gruppen umfaßte, darunter Gruppen aus der Hofsozietät und ein prächtiger Erntewagen. Abends fand neben einer Beleuchtung des Schloßes ein historisches Konzert im Marmorsaal des Schloßes statt, dessen künstlerische Belebung eine besondere Stimmung verbreitete. Das Konzert vermittelte hohe künstlerische Genüsse. — Den Abschluß der Feste bildete die Landesversammlung des Vereins „Badische Heimat“ am Montag, worüber noch zu berichten sein wird.

Karlsruhe, 19. Juni. Im Alter von 67 Jahren ist eine der hervorragendsten Schriftsteller der Technischen Hochschule Karlsruhe, Geh. Rat Prof. Dr. Otto Lehmann, gestorben. Aus Konstanz stammend, war der Gelehrte nach Aufnahme seiner Lehrtätigkeit ganz kurz an der Technischen Hochschule in Dresden tätig und erhielt im Jahre 1889 einen Ruf an die Technische Hochschule als Vorstand des physikalischen Instituts, das er über drei Jahrzehnte hindurch, ausgestattet mit hervorragenden Kenntnissen, leitete.

Heidelberg, 19. Juni. In den letzten Tagen besuchte Arbeitsminister Dr. Engler mit Abgeordneten verschiedener Parteien des Landtags das Krankenhaus Hohenberg bei Heidelberg der Bad. Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge. Die Teilnehmer konnten sich davon überzeugen, welche regenreiche, aber auch wohl dringend notwendige Arbeit und Einrichtung hier für die schwererkranken Kriegsgenossen geschaffen worden ist. Anschließend fand dann ein Besuch des Beobachtungskrankenhauses Heidelberg, einer Einrichtung des Reichsarbeitsministeriums, statt. Der unliebliche Streit, der dort entstanden und der Defektivität durch Mitteilungen des Reichsbundes bekannt geworden ist, dürfte reich beilegt werden. Man überzeugte sich, daß der Leiter des Beobachtungskrankenhauses, Prof. Siebeck, und die übrigen Ärzte, — die i. Jt. scharf angegriffen worden waren, — nur das Beste der Kriegsbeschädigten bezwecken und sich dabei lediglich durch ihr ärztliches Gewissen und durch Staatsgefühl, aber nicht von fiskalischen Gesichtspunkten leiten lassen. (Das Beobachtungs-Krankenhaus war bekanntlich als Rentenaufrage bezeichnet und die Kriegsbeschädigten waren vor dem Eintritt in das Krankenhaus gemerkt worden.)

** Rastatt, 20. Juni. Gestern wurde Bürgermeister Demmer mit 79 abgegebenen Stimmen einstimmig wiedergewählt. Stimmberechtigt waren 86 Bürgerauschussmitglieder ausschließlich Bürgermeister, der nicht abstimmt. 7 Stimmberechtigte waren krank oder verreist.

Kirnbach (bei Bretten), 19. Juni. Das 21/2-jährige Entlein des Feldhüters Jakob Viall stürzte in den Dummstach und ertrank.

Villingen, 19. Juni. Am 25. Juni finden hier die Tagungen des Genossenschaftsverbandes des Badischen Bauernvereins statt.

Konstanz, 19. Juni. Das unglückselige Blauwechselfeln hat auf dem See wiederum ein Menschenleben gefordert. Ein älterer Herr namens Oskar von Trance le Rosenc aus Lurpopp (Vieland) fuhr mit seinem Keffen, einem Studenten aus Berlin-Lichterfelde, auf den See hinaus. Als sie bei Meersburg die Plätze wechselten wollten, kippte das Boot um und der ältere Herr ertrank. Der Student wurde gerettet.

Ueberlingen, 19. Juni. Dieser Tage flog seit langer Zeit wieder ein Fesselballon vom Pöppelinge- lände in Friedrichshafen auf. Es ist jener Ballon, mit dem im Jahre 1911 Graf Zeppelin in Begleitung des Geh. R. Prof. Dr. Hergesell seine arktische Expedition nach Spitzbergen gemacht hat. Der Aufstieg wurde im Auftrag der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft zu funktentelegraphischen Versuchen ausgeführt.

** Konstanz, 19. Juni. Die Blaufelsen, die längst erschüttert und beschrien Bodenstücke, kann man jetzt wieder täglich, wenn auch nicht zu billigen Preisen, bekommen. Da die Ausfuhr von Deutschland für alle Schiffsfahrzeuge, die Einfuhr von der Schweiz für Blaufelsen im besondern gesperrt ist, wird das Ergebnis der Blaufelsenkäufe ausschließlich der einheimischen Bevölkerung zugewandt. — Ein Sonntagstouristengruppe letzte dieser Tage ein kleines Segelboot in Friedrichshafen zusammen, dessen einzelne Teile in einem Kuchel verpackt waren. In einer heißen Stunde war das Segelboot aufgesetzt und fuhr dann mit den beiden Insassen über den Bodensee. Das Boot wiegt nicht mehr als 30 Kilogramm.

** Stuttgart, 19. Juni. In Württemberg sind in den letzten Tagen bei Gewittern mehrere Personen vom Blitz erschlagen worden. In der Nähe von Bittenhausen wurden mehrere Personen, ein Gutsbesitzer und zwei Knechte, auf der Stelle vom Blitz getötet, während bei Gerstetten ein Mann und eine Frau, die beide auf dem Felde arbeiteten, vom Blitz erschlagen wurden. Bei Weilerheim D. N. Weilingen, wurde ein Landwirt, Vater von 5 Kindern, und aus einer Schafherde heraus 50 Schafe vom Blitz getötet.

Hauptversammlung des badischen Schwarzwaldvereins.

In dem prächtig gelegenen Reichtalsstädtchen Oberst. trug verarmelten sich am Samstag und Sonntag zahlreiche Mitglieder des Badischen Schwarzwaldvereins zur diesjährigen Hauptversammlung. Die Stadt trug aus diesem Anlaß festlichen Schmuck. Am Samstag fanden Sitzungen des Hauptauschusses statt; am Abend wanderten die bis dahin erschienenen Teilnehmer hinaus zur Ruine Schauenburg, wo nach Eintritt der Dunkelheit eine Sonnenwendfeier abgehalten wurde, die im Rahmen eines vaterländischen Festspiels einen prächtigen Verlauf nahm. Die Ruine war mit zahlreichen Zuschauern angefüllt. Hervorragende des Oberbürger Meisinger verlesenen die Feste. Nachdem die Anwesenden durch den Vorlesenden der Oberbürger Ortsgruppe begrüßt waren, wurde ein Polahauen angezündet. Beim Schein der aufleuchtenden Flammen begann das Festspiel, das in einen hoffnungsfreudigen Ausblick in eine bessere Zukunft auslief. Die farbenprächtig beleuchtete Ruine, deren Eingang von einem Landstueck mit Speich bewacht war, bot einen herrlichen Anblick. Der Rest des Abends war der gemütlichen Unterhaltung in den Gasthöfen der Stadt gewidmet.

Am Sonntag vormittag tagte dann in der Aula der Realsschule die Hauptversammlung. Der Präsident des Schwarzwaldvereins, Geh. Hofrat Seitz-Freiburg, begrüßte die erschienenen Vertreter der Behörden, alle Ortsgruppenvertreter und Mitglieder. Namens der Regierung begrüßte Oberamtmann Kopp die Tagung, namens des Finanzministers Hofrat Dr. Pfeifferlor und im Auftrag der Stadt Oberbürger Meisinger Braun. Aus dem geschäftlichen Beratungen ist erwähnenswert, daß beschlossen wurde, daß die Monatshefte des Vereins auch weiterhin viermal im Jahre erscheinen sollen. Einmütig erklärte sich die Versammlung gegen ein Eingehenlassen der Zeitschrift. Aus der Mitte der Versammlung wurde angeordnet, der Frage ob und wieviel mehr als bisher Beachtung zu schenken und die Auauend für den Schwarzwaldverein zu ae

gesehen, was ihm den Mut hätte nehmen können. Er war zu der Ueberzeugung gekommen, daß Hesselvörde seine Not hatte, obwohl er von den drohenden Substanzverlusten nichts erfahren, da er während dieser Zeit auf Reisen gewesen war und ihm der Vater davon nichts gesagt hatte — die Mutter hatte er schon vor Jahren verloren — aber er hoffte doch durchzukommen.

Als der neue Herr übernahm er dann die Verhältnisse. Herr Gott, das war ja ein Trauerspiel! Da stand er nun mit seinem Schwur und seinem Handschlag. Am besten wäre es gewesen, der Klische den Rücken zuzulehnen und in die Fremde zu wandern: Hesselvörde im Aueburgischen zu werden oder Kondukteur bei der „Großen Berliner“.

Mit dem Mut des Verzweifeltsten begann er. Vielleicht ging's, wenn ihm der Himmel beistand und ihm ein paar goldene Glückssterne in den Schoß warf. Und wahrhaftig! Es schien ihm wenigstens die Hoffnung auf einen Ausweg zu finden.

Denn wenn das so kam, daß der reiche Gutsnachbar Graf Reebden für die schöne Sybille von Brandt ein reales Interesse empfand, wie es den Anschein hatte, und Sybille keine Neigung erwiderte — was offenbar auch der Fall war, dann konnte ihm geholfen werden. Graf Reebden mußte ja natürlich ganz genau, daß die Sybille kaum auf eine anständige Aussteuer rechnen durfte, denn er kannte die Verhältnisse Hesselvördes ebenso gut wie seine eigenen und er würde also eben nur die Sybille haben wollen.

Gut. Nachher, wenn dann Reebden sein Schwager war, brachte er, Brandt, nur zu sagen: Höre, lieber Schwager, Du wirst wissen, daß es mit mir sehr blau steht. Nimm mir auf ein paar Jahre einen Teil der Hypothekenzinsen ab, ich verzinsle Sie Dir gut, geschenkt will ich keinen Pfennig von Dir haben, und dann will ich schufeln, daß ich auf die Nase falle, um aus dem Schindel herauszukommen. Da würde doch Reebden nicht nein sagen. Schon aus verwandtschaftlichen Rücksichten nicht. Und es war ja auch kein unehrliches Geschäft, das er vorhatte. Keine Veruppelung seiner Schwester. Sie sollte sich ja nicht verkaufen. (Fortsetzung folgt.)

weiter beschäftigt sich die Tagung mit der Vorbereitung der Höhenwege, die Zugänge mit dem Kartenwerk, das nächsten Herbst wieder vollständig ausliegen wird, ferner mit dem jüngst erschienenen Pflanzenwerk, das fünftausend Mark an Materialkosten verursacht haben kann. Der Jahresbericht für 1921 und der Voranschlag für 1922 wurden ohne Widerspruch genehmigt. Beschlüsse wurden ferner die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages auf 10 Mark, sowie die Erhebung eines Eintrittsgeldes für die Befreiung des Feldbezugs, des Hornisgründeturmes und des Turmes auf dem Hochficht. Für Mitglieder des Schwarzwaldbereichs in der Eintritt frei. Die Beschlüsse wurden die Wiederherstellung der Getreidebeschaffung, des Hebelmehls von Zolman auf den Feldberg. Dem Verfasser des Pflanzenwerks für den Schwarzwald, Prof. Altmann-Freiburg, wurde der Dank des Vereins für seine hervorragende Arbeit ausgesprochen. Der Ausschuss hat beschlossen, für 25jährige Mitgliedschaft verleihte Vereinszeichen auszugeben.

Am Schluß der Versammlung, auf der 43 Ortsgruppen vertreten waren, wurde gegen die Einschränkung der Sonntagstour lebhafter Protest eingelegt. Als Ort der nächsten Hauptversammlung wählte man Waldshut.

In die Tagung schloß sich ein gemeinsames Mittagessen in der „Linde“ und ein Ausflug nach Lautenbach. Mit einer gemeinsamen Wanderung nach Allerheiligen fand die Tagung am Montag ihren Abschluß.

Aus Stadt und Bezirk.

Durlach, 20. Juni. Gestern konnte der allgemein beliebte und geschätzte Herr Jakob Kessler sein 40jähriges Berufsjubiläum feiern. Mit großen Sachkenntnissen verbindet er noch seinen sonnigen Humor, der ihn bei allen so beliebt macht. Möge es ihm vergönnt sein, noch lange Zeit seine Tätigkeit zum Wohle seiner Mitmenschen auszuüben.

Durlach, 19. Juni. Das Bezirksfest der Demokratischen Partei, welches aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Ortsvereins am 18. Juni im Saal des Friedhofs stattfand und trotz der nicht ganz günstigen Witterung hart besucht war, nahm einen in allen Teilen befriedigenden Verlauf. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Herr Friedrich Krenert, sprach zum Eingang herzliche Worte der Begrüßung namentlich der auswärtigen Parteifreunde und des zur allseitigen Freude erschienenen Landespartei-Vorsitzenden des Staatspräsidenten und Ministers des Kultus und Unterrichts Dr. Hummel. Er warf einen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung des Vereins und machte dabei auch auf die Tätigkeit des Reichstagsabgeordneten Dr. Haas. Darauf erging der Beschlusses der Beh. Reg.-Rat J. Keller das Wort, um dem festgebenden Verein die Glückwünsche der übrigen Ortsvereine und die Anerkennung für seine Tätigkeit im Dienste des demokratischen Gedankens auszusprechen. Im Anschluß hieran entwickelte der Redner das Programm einer aktiven Demokratie, die gerade jetzt am stärksten bedingender Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens geboten sei und wies auf die Konzern- und Trustbildungen hin, welche durch ihre Monopolstellung für die große Masse der Verbraucher und insbesondere den gewerblichen Mittelstand eine große Gefahr darstellen. Hier sei eine Einschränkung des Staates dringend geboten. Nach außen ertröben wir die Völkervereinigung, aber nur auf dem Boden des absolut gleichen Rechts für alle Nationen. Dieser Zustand wird erst erreicht werden, wenn die sog. Friedensverträge mit ihren wirtschaftlichen Unmöglichkeiten fallen und man auf der anderen Seite einzieht, daß man das deutsche Volk auf die Dauer nicht behandeln kann wie einen überwundenen Negerstamm. Im weiteren Verlauf des Festes betrat von Weisbach begrüßt Staatspräsident Hummel die Rednertribüne. Seine Ausführungen waren auf einen ersten Ton gerichtet und gingen aus von der Schicksalsfrage, die gegenwärtig in der geschichtlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung der ganzen Welt eingetreten sei. In kurzer Zeit sei unter den Menschen und Völkern eine seit langer Zeit bemerkbar, die z. Z. schon fürmliche Erscheinungen, wie die Preisbewegungen, hervorgerufen habe. Auch auf dem Gebiet geistiger Fragen sei ein Zustand der Unruhe bemerkbar. Welche Kräfte der Bevölkerung sind in Bewegung geraten über das Gebiet der Schulfragen. Dazu liegt nach der Auffassung des Redners kein Anlaß vor. Unser bewährtes badiisches Schulsystem steht gesichert da, ebenso wie auch an der feierlichen Weihelegung der Kirche an der Schule nicht getrübt werden soll. Sodann unterzog Staatspräsident Hummel die Tätigkeit der wirtschaftlichen Organisationen einer eingehenden Würdigung und erhob seine warnende Stimme gegen die weitgehende Zersplitterung des Volkes in wirtschaftliche Berufsorganisationen mit politischer Ausrichtung. Namentlich wandte er sich gegen die Verbeugung der Landwirtschaft. Ohne die Getreidemenge werden wir im nächsten Winter nicht auskommen können. Sie muß aber so gestaltet werden, daß man für dieselbe nur die großen Getreideproduzenten, bei denen die Erzeugung technisch ohne Schwierigkeiten erfolgen könne, in Anspruch nehmen und den kleinen und mittleren Wegß verschone. Auch die städtische Mittelstandsbewegung, wie sie sich vor allem in Gestalt der Hausbesitzervereine kundgibt, unterzog Redner einer kritischen Betrachtung, zum Schluß betonend, daß Organe zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen notwendig seien: ihr Eintreten in das politische Leben sei aber vom Uebel, weil es eine Verschärfung des Kampfes unter den Menschen im Gefolge habe. Ueber dem Streit wegen des nachten Geldverdienens dürfen wir die großen an uns herantrübenden Fragen nicht außer Acht lassen. Genua habe wenigstens die Einsicht als Gewinn gesetzt, daß die Wirtschafts- und Finanzsalutärität nicht durch Gewalt zu lösen ist, sondern nur durch Ueberlegung. Solche Riesenfragen lassen sich nicht auf einmal lösen. Ueber die Verunft ist auf dem Marße. Deutschland braucht Zeit, um Gold- und Sachwerte zu erschaffen durch Arbeit und Kredit. Die Sanktionen müssen aufhören. Die übrigen Völker müssen das Gefühl haben, daß die Republik in Deutschland gesichert ist. Zum Schluß richtete Staatspräsident Hummel an alle Männer und Frauen die ernste Mahnung, sich nicht in wirtschaftlichen Zwistigkeiten zu zerstreuen, nicht an das Trennende zu denken, sondern an das große Eingende, damit das Volk zur höchsten Kraftentfaltung fähig werde.

Johannisbeeren. Die schönen roten, schwarzen und gelben Johannisbeeren befinden sich im Reigen der Reife. Ihr herber Geschmack schreut manche vom Genuß der gejunten Beerenfrucht ab, doch läßt sich durch Bestreuen mit Zucker dem Uebelstand abhelfen. Besonders Kindern sollte man reichlich Johannisbeeren vorsetzen, denn sie reinigen das Blut, geben diesem notwendige Bestandteile, regen die Verdauung an, wirken sehr wohltuend auf den Darm und gelten als vorzügliches Mittel gegen Würmer. Besonders die schwarzen Johannisbeeren sind als Wurmmittel (gleich dem Wachholbergsaft) bekannt. Von Johannisbeeren kann man auch wohnschmerzenden Wein und Likör bereiten.

Sommerferien in Baden. Aehnlich wie für den Fernverkehr nach dem Rheinland und Norddeutschland werden auch in diesem Jahr für den innerbadiischen Verkehr Sommerferienzüge mit 3. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen befördert. Für den Verkehr von Mannheim nach dem Schwarzwald und dem Bodensee, sowie nach Freiburg-Basel ist ein solcher Zug am 31. Juli und am 21. August in Aussicht genommen. Abfahrt in Mannheim an beiden Tagen um 8 Uhr nachmittags. Ankunft in Konstanz um 4.14 Uhr nachmittags.

in Freiburg um 12.04 mittags und in Basel Badischer Bahnhof um 1.09 nachmittags.

Sonderzüge zur Gewerbechau in München. Anlaßlich der deutschen Gewerbechau in München, finden dazwischen auch zahlreiche Tagungen von Handwerkern und Gewerbetreibenden statt. So hält auch der Verband deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, dessen Vortritt der Landesverband der Bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen in Konstanz ist, seinen diesjährigen Verbandstag in München ab. Um möglichst vielen Mitgliedern den Besuch der Gewerbechau finanziell zu ermöglichen, hat derselbe die Einlegung von drei Sonderzügen mit sehr ermäßigten Fahrpreisen veranlaßt. Sie verkehren am 22. Juni und zwar ein solcher von Karlsruhe und zwei von Freiburg ab. Gegen 2000 Teilnehmer haben sich bereits angemeldet, so daß eine bedeutende Kundgebung des Handwerks und Gewerbes zu erwarten ist. Das Programm steht neben der Hauptversammlung und Besichtigung der Gewerbechau und Königschlösser, auch den Besuch der Pensionskassen in Oberammergau vor. Der Verbandsleitung können die Mitglieder nur dankbar sein, daß ihnen durch die Sonderzüge die Möglichkeit gegeben wird, die Gewerbechau zu besuchen und dadurch ihr Wissen zu bereichern und neue Anregungen zu empfangen.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank erfolgt in der Woche vom 19. bis 25. d. Mts. zum Preise von 1250 Mark für ein Gramm Gold. 925 Mark für ein Gramm Silber. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 19. bis 25. d. Mts. bis auf weiteres zum gleichen Betrage des Nennwertes.

Die Entschädigung der vertriebenen Reichsdeutschen.

Ende Juni dieses Jahres läuft, wie noch viel zu wenig bekannt, die Frist zur Anmeldung von Schadenersatzansprüchen vertriebener Reichsdeutscher ab. Bekanntlich sind durch den verhängnisvollen Ausgang des Krieges viele Tausend deutscher Volksgenossen noch dadurch besonders betroffen worden, daß sie aus den von Deutschland abgetrennten Gebieten, aus den ehemaligen deutschen Schutzgebieten oder aus dem Ausland unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe vertrieben wurden. Selbstverständlich ist es Pflicht der Gesamtheit des deutschen Volkes, diesen schuldlos Leidenden zu helfen und sie nach Kräften zu unterstützen. Es wurden am 28. Juli 1921 drei Gesetze erlassen, das Verdrängungsgesetz, das Kolonialschädengesetz und das Auslandsschädengesetz, durch welche man diesen vertriebenen Reichsdeutschen zu Hilfe kommen wollte. Kriegsschäden an Leib und Leben und Liquidationsschäden (das sind solche Schäden, die dadurch entstanden sind, daß die feindlichen Mächte auf Grund des Friedensvertrages das Vermögen deutscher Reichsangehöriger beschlagnahmt und liquidiert haben bzw. liquidieren werden), sind durch besondere Gesetze geregelt worden.

Bei Verlust des Entschädigungsanspruches sind also Anträge auf Grund der obigen drei Gesetze bis zum 30. Juni 1922 einzureichen. Es ist möglich, daß die Frist verlängert wird, trotzdem darf aber keiner, der Anspruch auf Entschädigung hat, es unterlassen, seine Ansprüche rechtzeitig anzumelden, da immerhin das Verfahren und die Prüfung der Entschädigungsansprüche eine geraume Zeit in Anspruch nehmen würde. Man hat die Vorprüfung der Ansprüche den Vertretungen der vertriebenen Reichsdeutschen übertragen und zwar sind dies: Der Hilfsfond für die Elap-Lothringer, der deutsche Ostbund, der Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressenten, der Bund der Reichsdeutschen und der Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen. Diese Vertretungen haben in Reichs-zahlreiche Prüfungsstellen errichtet, die Entschädigungsansprüche sind diesen Vorprüfungsstellen unter Benutzung amtlicher Formulare einzureichen. Die endgültige Entscheidungen treffen die Spruchkammern des Reichsentwärtigungsamtes für Kriegsschäden, gegen deren Entscheidung gibt es noch eine Berufung an das Reichsjustizministerium. Auf diese Weise wird es möglich sein, sehr vieles Unrecht, das den deutschen Volksgenossen durch den ungründlichen Haß feindlicher Länder zugefügt wurde, wenigstens zum Teil wieder gut zu machen. Das Deutsche Reich befindet sich zwar selbst geduldi in einer außerordentlich beschränkten Lage, aber wichtiger als die Wiedergutmachung der feindlichen Ländern zugefügten Schäden muß dem Reiche doch die Entschädigung für die eigenen Volksgenossen sein, die schließlich nur deshalb, weil sie Deutsche waren, Haß und Gut und Gesundheit verloren. Viele von ihnen waren im Ausland Pioniere des Deutschtums und der deutschen Kultur, und viele von ihnen haben als Märtyrer für das Vaterland gelitten.

Zum 25. Todestag Pfarrer Kneipps.

Am 17. Juni war der 25. Sterbegebichtstag eines der größten Menschenfreunde aller Zeiten, des Prälaten Sebastian Kneipp. Ohne Aufsehen erweckende Reklame wurde der schlichte Pfarrer von Wörishofen diesseits und jenseits des Ozeans in kürzester Zeit bekannt. Wie einfach war dieses Heilpfahls Werk und Lehre. Wasser, Luft und Licht, Vermeidung jeder Unvernunft in Ernährung und Kleidung. Welche Summe von Heilsernten, von Gesundheit und Glück entsprossen diesen naheliegenden und so sehr bekannten natürlichen Mitteln in den Händen des genialen Priesterarztes.

Sebastian Kneipps beispiellose Popularität zeigte sich auch bei seinem Tode. Die ganze Welt horchte sich bei der Nachricht vom Hinscheiden dieses großen, edlen Priesterarztes. Am 17. Juni 1897 ist Sebastian Kneipp, der unermüdete Menschenfreund, Berater und Helfer der Armen und Kranken, aus diesem Leben geschieden. Nicht allein, daß er auf dem Gebiete der Krankheitsbehandlung ein Bahnbrecher wurde, ist sein bleibendes Verdienst, sondern fast mehr noch, daß er wie kein anderer vor ihm, es verstanden hat, die Lehre einer wahrhaft naturgemäßen Lebensweise in alle Welt hinauszutragen und ihr zur Anerkennung zu verhelfen. Daß er so erfolgreich seine warnende Stimme erhoben hat gegen Ueberkultur und Unnatur und rücksichtslos und unermüdet gebredigt hat die Einfuhr zur Einfachheit und Mäßigkeit in allen Dingen, als unentbehrliche Grundlage aller physischen und mora-

lischen, individuellen und sozialen Gesundheit, das ist Sebastian Kneipps größtes und unvergängliches Verdienst.

Bad Wörishofen, das dem gottbegnadigten Priesterarzt Sebastian Kneipp seinen Belruf verdankt, hat den 25. Todestag in gezielter, stiller, aber würdiger Weise begangen. Was tut unserm armen deutschen Volke in seinem schwersten Daseinskampfe mehr not als der Geist Sebastian Kneipps! Seine Lehren der Einfachheit und Mäßigkeit, Abhärtung und Arbeit, der Eitigkeit, des Gottvertrauens, das sind die Heilmittel, mit welchen vor allem eine richtige, volle Gesundheit der wunden Volksseele, eine dauernde Wohlfahrt und innere Erleichterung der Völker erzielt werden kann. Kaum ein geeigneteres Vorbild kann der selbstthätigen, materialistischen Welt gerade unserer Zeit vor Augen geführt werden als die verehrungswürdige Persönlichkeit Sebastian Kneipps, dieses selbstlosen Apostels der Nächstenliebe.

Die Not der Presse.

Der Gesetzentwurf zur Befämpfung der Not der Presse ist dieser Tage vom Reichsministerium erneut beraten worden. Es ist nunmehr die Einbringung einer Gesetzesvorlage beschlossen, nach der ein Unterstiftungsfonds von 500 Millionen Mark durch besondere Abgaben aufgebracht werden soll, die auf die Presse nach dem Papierverbrauch verteilt werden sollen. Das Gesetz soll vom Reichstag noch vor den Sommerferien verabschiedet und verdient wohl als dringliche Angelegenheit behandelt zu werden, wenn nicht noch mehr Zeitungen eingehen sollen. Die fortlaufende Preissteigerung der Papiere und die auch für den Juni wieder notwendig gewordene Heraushebung der Abgabe, hat schon wieder ganz wesentlich die Preise überschritten, die als Grundlage für die Festsetzung der Bezugspreise für das zweite Vierteljahr gedient haben und wohl kaum ein Verlag wird sein, der nicht im Juni wieder schwer zulegen muß. — Nachdem im März 275 und im April 80 Zeitungen eingegangen sind, mußten auch im Mai wieder eine Anzahl Zeitungen ihr Erscheinen einstellen, da die wachsenden Unkosten die Erträge des ganzen Betriebes (Abdruckerei, Buchverlag, Buchhandel usw.) mit aufgegessen haben. Wie bei dieser öffentlichen Notlage Beziehung noch über die Höhe des Bezugspreises, der in keinem Verhältnis zu den anderen Preissteigerungen steht, Klage führen können, ist geradezu unverfänglich. Ein weiser Rabe scheint ein Feind des „Heidelberger Tagblattes“ zu sein, der folgendes schrieb:

„Sehr geehrter Verlag! Sie können nicht rechnen! Sie behaupten, daß es eine Not der Zeitungen“ gibt. Aber Sie selber sind Schuld daran, daß es so gekommen ist, weil Sie sich den heutigen Geldverhältnissen nicht angepaßt haben. Dafür könnte man hundert Beispiele anführen. Vor dem Kriege kostete Ihre Zeitung im Straßenhandel 10 Pfennig, ebenjoviel kostete ein Straßenschnitzmesser und eine einfache Briefmarke. Heute kostet Ihr Blatt im Straßenhandel 80 Pf. Ein Straßenschnitzmesser kostet aber heute zwei Mark. Die Zeitung ist fast dreimal so billig geworden wie die Briefmarke. Alles wird teurer, nur die Zeitung wird relativ billiger. Vor dem Kriege kostete Ihr Monatsabonnement 65 Pfennig und man konnte für dasselbe Geld 13 Eier kaufen. Heute kostet Ihr Blatt 15 Mark und Sie bekommen vier Eier für dasselbe Geld. Ebenso ist es in manchen Industrien und Gewerben als nehmen Sie es mir nicht übel, aber andere sind geduldi als Sie. Wenn man es so machen würde wie Sie, würde es manchen schlecht gehen, die heute nicht klagen können! Nichts für ungut!“

Und doch die Klagen über die Bezugspreise!

Bermischtes.

Großfeuer in der Potsdamer Gasanstalt. Donnerstagabend brach in den Benzol- und Feerräumen der Potsdamer Gasanstalt ein Großfeuer aus, das auch auf die Gasometer überzugreifen drohte. Zahlreiche Feuerwehren vermochten diese Gefahr abzuwenden. Die umliegenden Kasernen wurden von Siphonten abgesperrt. Das Feuer hat gewaltigen Schaden angerichtet.

Zwischenfall bei einem Hühner-Vortrag. Der bekannte „Apostel“ Häuser, gegen den seitens der Abteilungs III des Berliner Polizeipräsidiums seit langem ein Verbot besteht, hatte trotzdem nach dem Restaurant „Vergißloß“ in Waidmannslust am Donnerstagabend eine Versammlung einberufen. Als ein Kriminalbeamter die Versammlung aufragsgemäß schließen wollte, fiel aus den Reihen der Teilnehmer ein Schuß, der den Beamten an Brust und Arm verletzete. Die Ermittlungen über diesen Vorfall sind noch nicht genügend abgeschlossen.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck im Westen hat nunmehr auch Süddeutschland erreicht. Am Mittwoch und Donnerstag ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Demokratischer Verein Durlach.

Deute abend 7/9 Uhr Vorstandssitzung im „Roten Löwen“.

Der Kraichgau von Dr. Friedrich Mez. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Mit vielen Abbildungen. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe. Preis 100 M. Inhalt: 1. Landesnatur. Name und Grenzen. — Die Oberflächengestaltung. — Das Klima. — Quellen und Grundwasser. — Die Wälder. — Die Pflanzenwelt. — Die Tierwelt. — I. Die Siedelungen. II. Die wirtschaftlichen Verhältnisse. IV. Die Bevölkerung.

Die freundliche Aufnahme, die i. Z. die erste Auflage des vorliegenden Buches erfahren hat, haben Verfasser und Verleger ermuntert, es in neuer Gestalt erscheinen zu lassen. Während früher der Charakter der Unternehmung vorwiegend auf die Siedelungen und die wirtschaftsgeographischen Verhältnisse erstreckt, ist in der neuen Auflage versucht, das Gesamtbild einer badiischen Landschaft zu geben. Nimmt auch die Schilderung der Kulturlandschaft, wie es angezeigt erscheint, den breiteren Raum ein, so sind doch auch die natürlichen Verhältnisse nicht zu kurz gekommen. Dieser noch als früher sind die mannigfachen Wechselwirkungen, die Land und Leute verbinden, dargestellt. Eingehend ist ausgeführt, wie die Kultur von dem Lande Besitz ergreift und in das Land ihre Geschichte eingegraben hat. Städte, Dörfer, Hüfe, Burgen und Schlösser und die städtlichen Siedelungen stehen an unserem Auge vorüber. In gleicher Weise sind die sozialen und kulturellen Verhältnisse wie die Wirtschaft geschildert. Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr haben eine eingehende Würdigung erfahren. Wie das Buch selber nicht nur aus trockener Wissenschaft geschöpft hat, sondern vielfach erwandert ist, will es all denen ein Wegweiser sein, die den Wanderstab in die Hand nehmen und das alte Kulturland des Kraichgaus durchstreifen wollen. Es wendet sich an alle, die Sinn und Verständnis für die Schätze haben, welche die Heimat bringt, und will insbesondere der Lehrerschaft eine Handhabe für den heimatkundlichen Unterricht bieten. Darüber hinaus aber soll es helfen, geographische Bildung zu verbreiten, die unserem Volke noch vielfach ermangelt.

